

Anja Besand

WARUM POLITISCHE BILDUNG UND BERUFLICHE BILDUNG ZUSAMMEN GEHÖREN

Lecture im Rahmen der John-Dewey-Abendschule
(Lektorat: Ann-Christin Belling)

Herzlich Willkommen zu einer weiteren Folge der John-Dewey-Abendschule. Wir haben heute erneut eine wichtige Folge für Sie. Wir wollen uns heute nämlich mit dem Potenzial beschäftigen, das berufliche Bildung für politische Bildung bietet. Diese Folge ist uns wichtig, weil wir selbst auch ein bisschen gebraucht haben bis wir die vielfältigen Strukturen der beruflichen Bildung verstanden haben – das ist nicht gerade übersichtlich. Aber nach einer Weile haben wir das geschafft und da ist uns klar geworden, welcher Schatz in diesem Bereich verborgen liegt und den wollen wir heute gerne sichtbar machen.

Mein Name ist Anja Besand – ich bin die Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie und ich freue mich mit Ihnen gemeinsam in diesen tollen Bildungsbereich einzusteigen.

Berufliche Bildung, was ist das? Wenn Sie selbst nicht zufällig eine Ausbildung abgeschlossen haben und deshalb schon mal eine Berufsschule von innen gesehen haben oder aber als Lehrkraft für berufliche Bildung tätig sind oder waren steht zu vermuten, dass Sie die Strukturen dieses Bildungsbereichs nur sehr oberflächlich kennen. Das ist in gewisser Weise tragisch. Die meisten Menschen, die in der politischen Bildung tätig sind, haben selbst keine berufliche Ausbildung absolviert, sondern studiert. Kein Wunder also, dass wir diesen Bildungsbereich kaum kennen. Wir beginnen dieses Stück deshalb damit, uns erst mal einen Überblick zu verschaffen. Wir glauben das ist eine wichtige Voraussetzung um hier erfolgreich tätig zu werden.

Die Frage ist also erst gemeint: An was denken Sie, wenn Sie an berufliche Bildung denken? An Ausbildungen in einem Betrieb? An berufliche Schulen? Möglicherweise an berufliche Weiterbildung? Managementseminare? Das ist gar nicht so abwegig, denn in vielen Managementseminaren werden Methoden der politischen Bildung genutzt.

Tatsächlich kann berufliche Bildung sehr vieles sein. Zum einen die berufliche Ausbildung in einem Betrieb oder einer Behörde, man könnte auch ein Studium als eine berufsqualifizierende Ausbildung betrachten – aber das lassen wir heute mal außen vor. Dann gibt es noch den großen Bereich der beruflichen Weiterbildung und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Der quantitativ größte Bereich ist aber die berufliche Ausbildung.

Die Art und Weise, wie in Deutschland berufliche Ausbildungsprozesse gestaltet werden können, ist im Berufsbildungsgesetz geregelt. Das besondere an den Ausbildungsstrukturen in Deutschland ist, dass wir es im Regelfall mit dualen Ausbildungsprozessen zu tun haben. Ein Teil der Ausbildung findet demnach in einem Betrieb statt, ein anderer Teil in einer beruflichen

Schule. Es gibt auch einige vollzeitschulische Ausbildungsgänge, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege ist das typisch und es gibt berufsvorbereitende Bildungsgänge, die berufliche Bildungsangebote machen für Menschen, die noch keine Ausbildungsstelle gefunden haben und sich auf eine Berufsausbildung vorbereiten oder einen allgemeinbildenden Abschluss nachholen wollen. Egal an welche der drei Varianten man denkt – alle sind gemeinsam in einer beruflichen Schule.

Und deshalb ist das auch der erste Ort, den wir uns heute ansehen werden. Und auch hier beginnen wir wieder mit einer Frage. Nehmen wir mal alle weiterführenden Schulen zusammen, also die Haupt- und Realschulen – in Sachsen nennen wir das Oberschulen – die integrierten Gesamtschulen, die Gymnasien und die beruflichen Schulen: Welche dieser Schularten hat die meisten Schülerinnen und Schüler? (längere Pause) So wie die Frage hier gestellt wird, können Sie sich das schon fast denken (längere Pause): es sind die beruflichen Schulen. Aber wenn wir ehrlich sind, ist das doch ein bisschen überraschend. Denn in der bildungspolitischen Diskussion steht diese Schulart nicht gerade im Vordergrund. Wenn ich über das Thema politische und berufliche Bildung Vorträge halte, dann ist das oft das erste was ich sage und ich kann im Publikum dann immer sehen, dass die Menschen überrascht sind diese Zahlen zu sehen. Sie wirken zuweilen fast ein bisschen schuldbewusst und zerknirscht, denn in der politischen Bildung haben wir uns lange Zeit nicht besonders darum gekümmert, was im Rahmen von beruflichen Ausbildungsgängen passiert. Und das ist merkwürdig, weil die Strukturen für politische Bildung hier eigentlich ganz günstig sind und zwar schon lange.

Man könnte sagen schon die Idee der beruflichen Schulen – also ihre Erfindung – ist mit der Idee der politischen Bildung verbunden. Das lässt sich in diesem Fall gut nachvollziehen, denn die Erfindung der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Schulen, ist in einem recht transparenten öffentlichen Prozess zustande gekommen (kurze Pause) und das war rund um das Jahr 1901. In diesem Jahr hatte die Erfurter Akademie der Wissenschaft ein Preisausschreiben ausgelobt, in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie die männliche deutsche Jugend am zweckmäßigsten zu erziehen wäre. Dabei interessierte man sich insbesondere für die Erziehungslücke zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr, also die Zeit zwischen der Entlassung aus der Volksschule bis zum Eintritt in den Heeresdienst. Das Wort Preisausschreiben klingt in diesem Zusammenhang heute vielleicht ein bisschen lustig, aber das war das übliche Prozedere zu dieser Zeit und wäre heute mit der Auflegung eines Forschungsprogramms der DFG oder ähnlichem zu vergleichen. Gewonnen hat dieses Preisausschreiben Georg Kerschensteiner mit der Antwort *„Wo sollen wir den jungen Staatsbürger packen... Bei seiner Arbeit‘. ... Ihr Beruf ist ihr Interessenkreis... Haben wir hier den Knaben gewonnen, so haben wir sein Vertrauen, und haben wir sein Vertrauen, so haben wir seine Führung, seine sittliche und seine intellektuelle.“* Hier wird sehr sichtbar, was unter politischer Bildung zu dieser Zeit verstanden wurde, nämlich eine sehr schlichte Herrschaftslegitimation und Führung – interessant ist aber die Verknüpfung, die hier sichtbar wird. Denn mit diesem Satz erfindet Kerschensteiner die beruflichen Schulen und in diesen Schulen soll es neben der Vermittlung beruflicher Fähigkeiten im Kern darum gehen, die zukünftigen Staatsbürger (hier sind in der Tat zunächst nur Männer gemeint) zu formen und ihnen das mitzugeben, was einen guten Staatsbürger zu dieser Zeit eben so ausmacht. Das meine ich, wenn ich sage die Idee der beruflichen Bildung ist mit der Idee der politischen Bildung – hier muss man eigentlich sagen Erziehung – im Kern verbunden. Und in gewisser Weise hat sich das erhalten. Man kann bis heute keine duale Berufsausbildung abschließen ohne am Ende eine Prüfung im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde/Gemeinschaftskunde/

Politik abzulegen – der Bildungsbereich heißt leider in jedem Bundesland etwas unterschiedlich. Politische Bildung ist fester Bestandteil des allgemeinbildenden Fächerkanons in beruflichen Schulen. Und das ist alles andere als selbstverständlich, denn es gibt gar nicht so viele allgemeinbildende Fächer in diesem Bereich.

Ich beispielsweise war ziemlich überrascht als mir klar geworden ist, dass Allgemeinbildung in beruflichen Schulen nicht einfach heißt: Deutsch, Mathe, Fremdsprachen. Mathe zum Beispiel gibt es nur selten als Fach – weil das im Fachrechnen aufgeht. Deutsch oder Kommunikation gibt es da schon öfter, aber wirklich immer – und immer heißt hier egal welchen Beruf ich gewählt habe – wirklich immer gibt es ein Fach zur politischen und ökonomischen Bildung.

Jetzt könnte Sie sich fragen: warum redet sie so viel über die Berufsschule – und Sie haben recht. Die Weiterbildungsangebote der John-Dewey-Abendschule richten sich an die Aktiven im Feld der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Aber wenn wir mehr politische Bildungsangebote machen wollen, die auch die erwerbstätige Bevölkerung erreicht und nicht nur bereits vorinteressierte Akademiker:innen, dann wäre die Berufsschule ein toller Ort an dem wir ganz viele und ganz verschiedene Menschen erreichen können – dieses Stück ist damit als eine Aufforderung zu verstehen, als externe Akteur:in mit beruflichen Schulen zu kooperieren und deshalb schauen wir uns das nochmal genauer an.

Ich habe es schon angedeutet: Im Kern gibt es drei verschiedene Bildungsgänge an beruflichen Schulen. Im Mittelpunkt stehen die dualen Ausbildungsgänge – dazu sage ich nicht mehr, ich glaube da haben wir alle eine Vorstellung. Aber das ist noch lange nicht alles. Neben den dualen Ausbildungsgängen gibt es den sogenannten Übergangsbereich. Das sind Bildungsgänge mit Namen wie *Berufsvorbereitungsjahr* oder *Berufsgrundschuljahr*. Diese Bildungsgänge werden – ich habe es schon angedeutet – genutzt, wenn noch kein Ausbildungsplatz gefunden wurde und dienen der Vorbereitung bzw. der Nachbereitung allgemeinbildender Abschlüsse. Und dann gibt es noch die vollzeitschulischen Bildungsgänge, die komplett in der Schule stattfinden und keine echte duale Struktur haben. Zum Beispiel Ergotherapie oder ähnliches. Mir ist wichtig, dass Sie sich klar machen wie sich das zahlenmäßig verteilt. Viele denken nämlich, dass das duale System fast alles ist und das stimmt nicht. Man kann sich das fast als drei Drittel vorstellen: Das Dualsystem macht rund 40% des Bereichs aus (kurze Pause). Aber das Übergangssystem auch ganze 30%, daneben stehen dann noch einmal 20% vollzeitschulisches System.

Wir haben es in beruflichen Schulen also mit einer extrem heterogenen Schüler:innenschaft zu tun. Nicht nur, weil sich sehr unterschiedliche Menschen in den unterschiedlichen Berufsgruppen wiederfinden (kurze Pause): Köch:innen ticken tatsächlich anders als Ergotherapeut:innen und Sicherheitsfachangestellte anders als Zahnarztshelfer:innen (längere Pause), sondern weil sich diese Menschen auch zu sehr unterschiedlichen Zeiten für eine Ausbildung interessieren. In einer Lerngruppen kann sich gut und gerne eine Altersspanne von 16 bis 46 Jahren ergeben. Die einen kommen direkt von der Oberschule, andere haben schon Kinder, wieder andere haben in Afghanistan gekämpft oder sind von dort geflohen. In beruflichen Schulen sind Menschen, die haben keinen qualifizierten Schulabschluss und andere, die haben ein Studium abgebrochen. Wir haben es aber im Regelfall mit Erwachsenen zu tun. Das ist wichtig sich klar zu machen – auch wenn hier einige Menschen unter 18 Jahren zu berücksichtigen sind, handelt es sich im Schnitt um Menschen, die beruflich tätig werden, das Gefühl haben Steuern zu bezahlen und eigentlich gern wissen wollen was mit diesen

Steuern so gemacht wird. Von politischem Desinteresse auszugehen wäre deshalb auch grundverkehrt. Vielmehr bilden sich in beruflichen Bildungskontexten über die Heterogenität der Menschen, die sich hier versammeln, auch alle gesellschaftlichen Kontroversen in überaus anschaulicher Weise ab und sind verhandelbar. Für politische Bildung sind das mehr als günstige Bedingungen.

Sie sehen, ich bin schockverliebt in diesen Bildungsbereich und möchte Sie nachhaltig animieren sich damit einmal intensiver zu beschäftigen. Aber nachdem wir jetzt eine ganze Weile Potenziale betrachtet haben, können wir uns jetzt vielleicht den Herausforderungen näher zuwenden.

Ich habe gesagt politische Bildung und berufliche gehören zusammen. Der Bildungsbereich ist gut verankert, das stimmt auch strukturell und institutionell, ABER – jetzt kommt das große ABER – er wird nicht gut bespielt. Die Lehrkräfte sind nur selten für politische und demokratische Bildung qualifiziert. In den Abschlussprüfungen, die von den Kammern gestaltet werden, verschwinden politische Lerngegenstände oft deutlich hinter ökonomischen. Das relativiert die Bedeutung politischer Bildung im Kontext beruflicher Bildung recht nachhaltig. Denn was nicht in den Prüfungen vorkommt, wird auch nicht gemacht. Dazu kommt, dass die Betriebe im Regelfall auch kein gesteigertes Interesse daran haben, dass ihre Auszubildenden sich politisch emanzipieren (kurze Pause). Partizipationsangebote gelingen in diesem Rahmen auch nur selten, aber vielleicht lässt sich das alles am besten an ein oder zwei Beispielen verdeutlichen.

Unser erstes Beispiel dreht sich um das Jugendarbeitsschutzgesetz. Das Jugendarbeitsschutzgesetz enthält besondere Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Arbeitswelt. Ziel des Jugendarbeitsschutzgesetzes ist es, Kinder und Jugendliche vor Überlastungen zu schützen. Das Gesetz schützt deshalb junge Menschen vor Arbeit, die zu früh beginnt, die zu lange dauert, am Wochenende stattfindet, zu schwer ist, die sie gefährdet oder die für sie ungeeignet ist. Um diese Rechte einklagen zu können, muss man sie kennen. Aus diesem Grund steht dieses Gesetz bzw. seine Inhalte in jedem Lehrplan unabhängig vom gewählten Berufsabschluss – wirklich IN JEDEM! Es lässt sich aber gar nicht so leicht vermitteln. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, Sie stehen vor einer Gruppe junger Koch-Azubis. Die lachen in der Regel, wenn man ihnen die Inhalte dieses Gesetzes vorstellt, weil ihre Wirklichkeit nicht selten ganz anders aussieht. Das ist für die Personen, die sich vorgenommen haben diese Rechtstatbestände anzusprechen, gar nicht so einfach. Insbesondere wenn es sich um Lehrkräfte handelt, die im Kontext beruflicher Bildungsgänge quasi von den Betrieben beauftragt sind, ihren Teil zur Ausbildung beizutragen. Oft ist man froh, dass ein junger Mensch einen Ausbildungsplatz gefunden hat – soll ich ihn oder sie jetzt gegen seine/ ihre betrieblichen Arbeitgeber:innen aufhetzen? Das trauen sich viele nicht. Wie lösen Sie also das Problem? Sie vertagen die Vermittlung auf das dritte Lehrjahr – da sind fast alle über 18 (kurze Pause). Warum erzähle ich Ihnen das? Um die Lehrkräfte schlecht dastehen zu lassen: in keinsten Weise. Die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen leisten wirklich gute Arbeit, es geht mir in keinsten Weise darum, sie anzuschwärzen. Vielmehr will ich sichtbar machen, dass Konflikte zwischen Auszubildenden und Betrieben – die in Bildungskontexten geradezu zwangsläufig sichtbar werden – nicht leichter Hand von den Lehrkräften gelöst werden können, weil die sich genau wie die Auszubildenden in komplexen Abhängigkeitsbeziehungen befinden. Viel leichter würde das außerschulischen Akteur:innen oder Trägern fallen. Sie wären bei weitem geeigneter sich den politischen Konflikten in

Bildungskontexten auf ehrliche Weise anzunehmen und sinnvoll zu vermitteln. Das wäre eine große Hilfe für die Lehrkräfte und würde politische Bildung anhand relevanter – weil realer – Konflikte wieder politisch machen. Zu denken wäre an gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Form von Konfliktsprechstunden in beruflichen Schulen oder auch andere Träger im Überschneidungsfeld von beruflicher Bildung und sozialer Arbeit. Ich glaube das wäre eine Win-win-Situation.

Unser zweites Beispiel betrifft die Schüler:innenmitgestaltung. Berufliche Schulen sind wie alle anderen Schulen auch schulgesetzlich verpflichtet die Auszubildenden, die zu ihnen kommen, an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Das heißt auch in beruflichen Schulen werden Klassen- und Schulsprecher:innen gewählt und nehmen die schulgesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechte wahr. Aber – auch hier wieder ein großes Aber – die Vorgaben wurden nicht mit Blick auf die besonderen organisatorischen Strukturen der beruflichen Schulen reformuliert, sondern sind einfach identisch mit denen der allgemeinbildenden Schulen. Man kann sich jetzt fragen: wie soll das gehen? Wie sollen Schülerinnen und Schüler sich über ihre Interessen verständigen, wenn – zumindest im dualen Bereich der Bildungsgänge – die Schülerinnen und Schüler nur einen Tag die Woche oder einen Block im Monat in der Schule sind? Bei genauerer Betrachtung muss man tatsächlich sagen: das funktioniert nicht. Die Schüler:innenschaft ist nie gleichzeitig vor Ort. So kann man nicht sinnvoll deliberative Prozesse organisieren. Und in der Tat verzichten nicht wenige Schulen darauf, die schulgesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Wenn Sie das näher interessiert, schauen Sie sich bitte eine aktuelle explorative Studie an, die den Zusammenhang sehr gut sichtbar macht. Sie ist im Jahr 2021 erschienen und von „Arbeit und Leben“ durchgeführt worden – wir verlinken die Studie gerne auf der Landingpage dieses Abendschulstücks. Mich macht so etwas immer wütend. Nicht dass die Schulen die schulgesetzlichen Vorgaben nicht umsetzen – sie schaffen es einfach nicht – sondern dass niemand über dieses Problem spricht. Die Schulen und das heißt konkret die Schülerinnen und Schüler brauchen hier dringend Unterstützung. Wir brauchen smarte Projekte, die helfen Schulgemeinschaften miteinander ins Gespräch zu bringen. Zu denken wäre auch an digitale Lösungen wie sie beispielsweise das Projekt „Aula“ bietet. Aber es geht nicht um „Aula“ alleine, sondern darum, dass wir uns dem Zusammenhang überhaupt zuwenden und die politische Bildung im Kontext der beruflichen Bildung vom Katzentisch abholen.

Und das wird nur gelingen, wenn sich Akteur:innen in diesem Bereich engagieren. Die beruflichen Schulen selbst können das Problem nicht alleine lösen.

So, jetzt sind schon wieder 20 von unseren 30 Minuten in der Abendschule vorbei und ich habe noch zwei Punkte, die mir wichtig sind. Der erste Punkt betrifft die Schülerinnen und Schüler des sogenannten Übergangssystems. Ich hatte ja schon gesagt, die machen fast 30% der Schüler:innen an beruflichen Schulen aus. Tatsächlich wird diese Gruppe aber oft übersehen. Wenn wir es in der politischen Bildung ernst meinen mit dem Satz, dass es uns um alle Menschen geht, dann haben wir hier eine gute Trainingsgruppe vor uns. Die Schülerinnen und Schüler des Übergangssystems – das heißt aus den BVJ- und BGJ- Bildungsgängen, das sind Schüler:innen, die es mit Bildungsangeboten im Regelfall nicht so leicht haben. Sie haben keine Ausbildungsplätze gefunden, weil sie entweder nicht über qualifizierte Schulabschlüsse verfügen oder aber nur auf schlechte oder nicht anerkannte Qualifikationen verweisen

können. Sie erleben aufgrund unterschiedlicher Merkmale vielfältigen gesellschaftlichen Ausschluss und haben nicht selten selbst schon alle Hoffnung aufgegeben. Das Übergangssystem ist die letzte Chance diese Menschen systematisch zu erreichen und einen neuen (letzten) Anlauf zu nehmen. Dort wo das ernsthaft versucht wird, kann man oft auf sehr schöne Erfolge verweisen. Mit Halbherzigkeiten kommt man hier aber nicht weiter. Hier geht es wirklich darum Partei für die Gruppe zu ergreifen und jedem oder jeder Einzelnen ein Stück Hoffnung auf Teilhabe und Selbstbestimmung zurückzugeben. Aber auch für diesen Bildungsbereich gilt: die Lehrkräfte vor Ort schaffen das oft alleine nicht. Viele von ihnen sind ursprünglich für das gymnasiale Lehramt ausgebildet und nur in der beruflichen Schule gelandet, weil es ein Überangebot an Gymnasiallehrerinnen und -lehrern gibt. Sie brauchen Unterstützung von außen. Deshalb müssen in Zukunft dringend mehr Kooperationsprojekte mit berufsschulischen und außerschulischen Bildungsakteur:innen gestiftet werden. Nirgends lohnt sich das mehr als hier.

Zum Abschluss will ich auf ein letztes Beispiel verweisen. Zum einen, weil ich selbst an diesem Projekt beteiligt gewesen bin und es deshalb sehr gut kenne, zum anderen aber auch, weil es vielleicht illustrieren kann wie Kooperationsprojekte aussehen können. Denn Kooperation von schulischen und außerschulischen Partner:innen muss nicht immer auf Schüler:innen gerichtet sein. Im Projekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“ haben wir über viele Jahre intensiv mit beruflichen Schulen zusammengearbeitet und uns in unserer Arbeit dabei stark auf die Stärkung der Lehrkräfte vor Ort konzentriert. In intensiven und langwierigen Coachingprozessen haben wir Lehrkräfte fit gemacht, menschenfeindliche Haltungen im schulischen Kontext zu erkennen und die nötige Standhaftigkeit zu entwickeln, um dem zu begegnen. Was wir in diesem Zusammenhang gelernt haben war, dass menschenfeindliche Haltungen nicht alleine von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsprozess hineingetragen wurde, sondern auch von Lehrkräften selbst. Umso wichtiger ist es, in kollegialen Beratungen diese Probleme anzugehen. Das geht nicht über Nacht – das erfordert einen langen Atem – aber unterm Strich kann das gelingen. Das Projekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“ ist ein gutes Beispiel, wie ich finde, für das was ich in diesem Stück immer wieder zu sagen versucht habe. Das berufliche Bildungssystem ist ein guter Ort für politische Bildung. Einerseits, weil es zum Selbstverständnis dieses Bildungsbereichs passt; zweitens, weil wir uns hier auf der Scharnierstelle zwischen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung befinden; drittens, weil wir hier auf eine vielfältige Zielgruppe treffen, die an anderen Orten nur schwer systematisch angesprochen werden kann und viertens – und das ist dann auch der letzte Punkt, den ich hier anspreche – weil die Vielfältigkeit und Schärfe der Probleme, auf die wir hier treffen der Vielfalt und Schärfe der politischen und gesellschaftlichen Probleme entspricht, die wir als Gesellschaft eben haben.

Ich glaube, ich konnte es nicht verbergen: ich liebe diesen Bildungsbereich und ich hoffe ich habe es geschafft, Ihnen ein bisschen Mut zu machen und Neugier vermitteln, sich diesen Bereich in Zukunft verstärkt anzunehmen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen wie immer fürs Zuhören und Mitdenken und hoffe, Sie bald wieder in der Abendschule begrüßen zu dürfen.